



Stellungnahme des Regierungsrates zur Abstimmungsvorlage «Flextax-Initiative»

NEIN zu unnötigen Giesskannensubventionen

Schaffhausen verfügt über ein überdurchschnittliches Angebot im öffentlichen Verkehr. Trotzdem sind die Tarife des Verkehrsverbundes Flextax tiefer als in vergleichbaren Verkehrsverbänden. Es besteht deshalb kein Anlass, die Tarife mit einer unzeitgemässen Giesskannensubvention an Jahres- und Monatsabonnemente zusätzlich zu verbilligen und damit das sehr gut ausgebaute ÖV-Angebot zu schwächen.

Das ursprüngliche Motiv der Subventionen - die Kompensation von Einnahmeverlusten in der Gründungsphase des Verbundes - ist überholt, da sich der Verbund seither sehr positiv entwickelt hat. Alle Beiträge an Transportunternehmungen werden heute nur noch über die Abgeltung ausgerichtet, denn an diesen beteiligt sich auch der Bund. Der Bund beteiligt sich indessen nicht an Tarifierleichterungen. Die Abschaffung der Tarifssubventionen erhöht zudem die Transparenz und Kostenwahrheit im ÖV.

Ein JA brächte - vielleicht - tiefere Tarife, hätte aber mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Angebotsabbau zur Folge! Denn der Kanton müsste dem Verkehrsverbund zusätzlich 1.5 Mio. Franken für Tarifssubventionen zahlen. Dieser Betrag müsste wohl im Budget kompensiert werden. Damit würden ÖV-Leistungen im Umfang von 1.5 Mio. Franken abgebaut. Da der Bund dieses Angebot mitfinanziert, würde auch sein Anteil wegfallen. Insgesamt könnten der Bevölkerung des Kantons Schaffhausens durch diesen Effekt ÖV-Leistungen von rund 3 Mio. Franken verloren gehen. Und ob es dann tatsächlich zu einer Senkung der Tarife kommt, ist nicht garantiert, denn die Hoheit über die Tariffestlegung liegt nicht beim Kanton, sondern bei den Transportunternehmen.

Kantonsrat und Regierungsrat verfolgen seit Jahren erfolgreich eine Politik der Standort-attraktivität. Zentrales Element zum Erfolg ist ein gutes Verkehrsnetz und -angebot. Mit der Ablehnung der Initiative kann das gute und vergleichsweise immer noch günstige Angebot aufrechterhalten werden und es ist ein kleiner Schritt in Richtung einer verursachergerechteren Finanzierung des Verkehrs.

Schaffhausen, 2. September 2014

*Regierungsrat Dr. Reto Dubach
Vorsteher Baudepartement*